

Stolper Post

Tageszeitung
für Stadt und Land



Ämtliches
Publikations-Organ

Erscheint wöchentlich sechsmal. Bezugspreis für den Monat 75 Goldpfennig. Bei der Post für den Monat 80 Goldpfennig. Geschäftsstelle und Schriftleitung: Stolp, Präsidentenstr. 45. Fernsprecher 18.

Anzeigenpreis: Die 6gespaltene Kleinzeile oder deren Raum 20 Goldpfennig, für Inserenten des Stadt- und Landkreises Stolp 10 Goldpfennig, für Stellengesuche und Familienanzeigen 50% Nachlaß; die 3gespalt. Reklamezeile 50 Goldpfennig. Anzeigenannahme für denselben Tag bis vormittags 10 Uhr.

Mit Gott für Volk und Vaterland

Nr. 57

Stolp, Dienstag, den 9. März 1926

50. Jahrgang

Zusammentritt des Völkerbundesrates.

Der Aufstakt in Genf.

Schlechte Aussichten.

Am Sonntag fand in Genf im Hotel „Beau Rivage“ die angekündigte Vorbesprechung der Staatsmänner der Locarnomächte statt. Es nahmen daran teil Chamberlain, Briand, Luther, Stresemann, Scialoja und Vandervelde, dagegen nicht die Vertreter Polens und der Tschechoslowakei. Ueber das Ergebnis der Konferenz, die vier Stunden dauerte, wurde folgende amtliche Mitteilung ausgegeben:

„Die Vertreter der Staaten, die sich in Locarno zum Abschluß des Rheinlandpactes zusammengefunden haben, haben sich zum Austausch ihrer Meinungen über die schwebenden Fragen in Genf zusammengefunden, in deren Verlauf sie mühelos die gegenwärtige Situation aufklärten. Auf diesen ersten Gedankenaustausch soll in einer weiteren Sitzung eine zweite Unterhaltung folgen.“

Man braucht kein großer Diplomat zu sein, um aus der Fassung dieses Berichtes herauszulesen, daß das Ergebnis dieser ersten Besprechung völlig negativ war. Das wird auch durch die nichtamtlichen Mitteilungen über den Verlauf der Sitzung bestätigt. Danach war die ganze Zeit der vierstündigen Verhandlungen angefüllt mit einer Diskussion über die Kernfrage des Problems, das sich jetzt angesichts des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund herausgebildet hat. Von Seiten der alliierten Mächte wurde der Standpunkt dargelegt, der sie veranlaßt, ihre Anschauungen über die Möglichkeit einer Ratserweiterung in der gegenwärtigen außerordentlichen Session für richtig zu erachten. Von deutscher Seite wurde demgegenüber mit voller Entschiedenheit der Standpunkt vertreten, der durch die einmütige Kundgebung des deutschen Reichskabinetts festgelegt ist und seinen Ausdruck in der Hamburger Rede des Reichskanzlers gefunden hat. An diesem Standpunkt hält die deutsche Delegation fest.

Optimistische Äußerungen der Staatsmänner.

Beim Verlassen des Hotels fielen die Staatsmänner natürlich den Ausfragern und Photographen in die Hände. Sie entzogen sich dem Ansturm durch optimistisch gefärbte, im übrigen aber nichtsagende Erklärungen. So sagte Luther auf eine Frage eines französischen Pressemanns: „Es geht vorwärts.“ Und Stresemann sagte: „Wir suchen das zweite Locarno und werden es finden.“ Fast wörtlich so sprach Briand in seinem Pressekommentar: „Hier handelt es sich vor allem darum, den Geist von Locarno ganz wiederherzustellen. Es geht noch Hindernisse, aber keine unübersteigbaren.“ Und Chamberlain erklärte: „Ich habe die sichere Hoffnung, daß wir die Einigung finden werden. Deutschlands Eintritt in den Völkerbund wird sich um ein paar Tage verzögern, aber er wird dann ohne jede Bitterkeit von Seiten Deutschlands erfolgen können.“

Briand wieder in Paris.

Die von Chamberlain angekündigte Verzögerung des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund erklärt sich daraus, daß Briand am Sonntag abend Genf verlassen hat. Montag früh kurz nach 9 Uhr ist er in Paris eingetroffen. Vor seiner Abreise erklärte er, er hoffe, daß die Krise in ein oder zwei Tagen beigelegt sein werde. Nach dem Verlauf der letzten französischen Ministerkrisen hat indessen diese Hoffnung wenig Berechtigung. Jedenfalls läßt sich zur Zeit noch gar nicht sagen, wann und ob Briand nach Genf zurückkehren wird. In seiner Abwesenheit wird man aber kaum schwerwiegende Beschlüsse in Genf fassen. So war auch

Wie aus einer Veröffentlichung des Völkerbundssekretariats hervorgeht, ist die Tagesordnung für den Völkerbundsarat dahingehend geändert worden, daß die Behandlung der Saarfrage, die bisher erster Punkt der Tagesordnung war, nunmehr 14. Punkt geworden ist.

Diese Veränderung ist sehr bedeutsam, da hierdurch die Saarfrage aller Wahrscheinlichkeit nach erst nach der Wahl Deutschlands zum ständigen Mitglieds und somit unter Deutschlands Teilnahme zur Behandlung kommen wird. Statt dessen ist der Punkt der Tagesordnung, der die oberschlesische Frage behandelt, an den Anfang der Tagesordnung gerückt und dürfte ohne Beteiligung Deutschlands entschieden werden.

Der Stand der Ratfrage.

Die Vorbesprechung am Sonntag konnte schon deshalb nicht ohne weiteres zu einer Entscheidung führen, weil die Locarnomächte gar nicht allein über die Frage der Ratserweiterung zu bestimmen haben.

Der schwedische Delegierte hat erklärt, daß Schweden, gleichgültig, wie immer die Haltung Deutschlands sei, am Standpunkte Schwedens gegen jede Erweiterung des Rates festhalten werde.

Das schwedische Veto würde die stillschweigende Billigung mehrerer Großmächte und die laute Billigung aller sogenannten Neutralen im Völkerbunde hinter sich haben. Wenn es also zu keiner Einigung, sondern zum offenen Abstimmungskampf im Rate käme, so wird, da die Beschlüsse des Rates einstimmig sein müssen, alles an Schwedens Veto scheitern.

Der spanische Delegierte hat seine Drohung, daß Spanien aus dem Völkerbunde austreten wird, falls es keinen Ratssitz erhalte, schriftlich niedergelegt. China hat seinerseits diese Drohung auch ausgesprochen. Der Völkerbund ist bereits im Begriff, zu einer Komödie zu werden.

Die Zahl der Mächte, die auf ständige Ratssitze Anspruch machen, hat sich inzwischen vermehrt. Es hat sich das Eine gezeigt, daß das Verlassen des Grundjahres, daß nur Großmächte einen ständigen Ratssitz beanspruchen können, zahlreichen Ansprüchen Tor und Tür öffnet, sodaß die Situation sich gegenüber der Zeit, in der von den Ansprüchen dreier Mächte die Rede war, bereits geändert hat. Es wollen noch andere Mächte mit Ansprüchen hervortreten, für den Fall, daß überhaupt eine Veränderung des Völkerbundsrates in dieser Session stattfindet.

Amerita über die Genfer Verhandlungen.

Paris, 8. März. Die in Paris erscheinenden amerikanischen Blätter beurteilen die Entwicklung der Genfer Verhandlungen weit ungünstiger als die französische Presse. Der „New York Herald“ ist der Ansicht, daß der Locarnogeist am Genfer See verloren gegangen sei. Die Deutschen seien empört über die Verletzung der Versprechungen von Locarno. Vergebens hätten Chamberlain und Briand versucht, auf die Deutschen einzuwirken und die Sitzung habe mit Drohungen anstatt mit einem Abkommen geendet. Deutschland habe darauf hingewiesen, daß es eventuell sein Eintrittsgesuch in den Völkerbund zurückziehen werde. Ebenso hätten Spanien, Polen und Brasilien mit Austritt aus dem Völkerbund gedroht. Die „Chicago Tribune“ meint, es sei bezeichnend, daß die Menge vor dem Hotel Beau Rivage ausschließlich Dr. Stresemann begrüßt habe, als die Delegierten die Sitzung verließen. Briand und Chamberlain hätten gestern nicht gewagt, die Spanien und Polen mit Dr. Luther und Dr. Stresemann zusammenzubringen.

Severings Personalpolitik.

Aus dem Preussischen Landtag.

Berlin, 6. März.

Bei der Fortsetzung der zweiten Beratung des Stats des Innern spricht Abg. Dr. Grzimek (Dem.) dem Minister den Dank der Demokraten dafür aus, daß er in der Personalpolitik die Interessen der Republik wahrgenommen und so den Staat stabilisiert habe. Heute komme alles darauf an, daß der Verwaltungsapparat fest in der Hand des Ministeriums bleibe. Wenn der politische Beamte die Pflicht versäume, die Republik bei den Entwürfen zu festigen, müsse er vom Platze weichen. Im ostpreussischen Provinziallandtag hatte die gesamte Rechte nur eine einzige Stimme mehr als die Linke einschließlich des Zentrums. Der Redner weist die Angriffe gegen den demokratischen Oberpräsidenten Siehr zurück und erklärt, es müsse unbedingt ein schöner und großer Platz in Berlin zu Ehren der Republik benannt werden.

Abg. Schwenk-Oberhausen (W. Vgg.) betont, daß seine Parteifreunde sich nicht in den Streit der Linken mit der Rechten einmischen würden. Der Redner hebt hervor, daß seine Partei nicht in grundsätzlicher Opposition zur Regierung stehe, sondern auf dem Standpunkt möglicher Mitarbeit. Notwendig ist auch, ebenso wie es früher bei der Monarchie war, daß die Beamten der Republik die Republik füttern. Es war aber vielleicht das größte Unglück der Republik, daß sie die Landesfarben wechselte. (Sehr richtig rechts.) Die Republik würde sich wahrscheinlich mehr Freunde erworben haben, wenn sie die alte Fahne beibehalten hätte. — Zum Schluß erörtert der Redner Mittelstandsfragen.

Abg. Voh (Dt.-Völk.), fragt den demokratischen Abgeordneten Dr. Grzimek, wie viele heutige demokratische Herzensrepublikaner vor 1918 Herzensmonarchisten gewesen seien und weist auf den Abg. Koch-Weser als früheren Stadtdirektor von Bremerhaven hin. Die Umbenennung des Königsplatzes würde wie ein Treppenvitz aus der deutschen Geschichte des Jahres 1926 wirken. Man solle neben das Bismarckdenkmal ein Denkmal des Reichskanzlers Bauer, des sogenannten Lügenbauers, und neben das Denkmal Moltkes das des verflorenen sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Richter stellen, um auch „Republikaner“ auf dem Platz der Republik zu haben.

Abg. Haake (Nat.-Soz.), wendet sich gegen das Redeversprechen für Hitler.

Abg. Sprenger (Ztr.) führt aus, daß seine Partei in der Beurteilung des scharfen Angriffes des Abg. Baeder (Nat.) auf den Innenminister Severing sich einig wäre mit dem Abg. Dr. v. Eynern und daß seine Partei diese Angriffe aus mehreren Gründen verurteilt.

Abg. Heilmann (Soz.) hält die Vorwürfe gegen die Personalpolitik Severings für völlig unbegründet. Der Redner polemisiert gegen den Abg. Baeder.

Graf Garnier (Deutschn.) lehnt für seine Parteifreunde politischen Anschauungsunterricht vom Minister Severing ab; sie seien nicht die politischen Kinder des Ministers (Heiterkeit.) Er wolle dem Führer des Zentrums in Oberschlesien, Kanonikus Wiska, nicht die nationale Gesinnung abspreiben, aber seine Politik auf Trennung Oberschlesiens von Schlesien könne man nicht national nennen. Die politischen Beamten dürften nur als Exponenten des Staates gewertet werden.

Darauf nimmt Innenminister Severing das Wort und weist darauf hin, daß sich der Abwehrkampf im Rheinland gegen die Separatistenanstöße als ein Selbstschuß im besten Sinne des Wortes dargestellt habe, dem man die Ueberwindung jener separatistischen Wirren unter Beteiligung von den Deutschnationalen bis zu den Kommunisten zu danken habe. Der Minister bezeichnet die Behauptung als unrichtig, daß er in einem Erlaß verlangt habe, daß die auf den Automobilen der Minister angebrachten Fahnen durch die Polizeibeamten gegrüßt werden müßten. Einen solchen Erlaß habe er nicht unterzeichnet. Jeden Sabotageversuch in der Fürstenabfindung werde der Minister unterbinden. Er wünsche nichts sehnlicher, als daß der Verfassungstag vom Reichstag als gesetzlicher Feiertag festgelegt werde. — Das Haus vertagt sich auf Mittwoch, den 17. März.

Die Kinder des Herrn Severing.

Der Stoßtrupp der kommenden Revolution.

Berlin, 8. März. An mehreren Orten des Reiches, besonders in Berlin und Breslau, ist es gestern zu teilweise schweren Zusammenstößen mit dem roten Frontkämpferbunde gekommen. Meistens waren es Angehörige des Stahlhelmbundes, die von starken Abteilungen des roten Frontkämpferbundes angegriffen wurden. So wurden gestern abend in Berlin an der Ecke Danziger und Greifswalder Straße Stahlhelmer von roten Frontkämpfern überfallen und mißhandelt. Ebenfalls gestern abend überfielen 200 Kommunisten, die auf Lastkraftwagen vorgefahren waren, das Schützenhaus in Buchholz und mißhandelten die Gäste, die zu einem erheblichen Teile verletzt wurden. In Breslau veranstalteten gestern Sozialdemokraten und Kommunisten unter dem Schutz des roten Frontkämpferbundes Demonstrationen gegen die Fürstenabfindung. Als dieser Zug aus Trupps des Stahlhelmbundes stieß, kam es zu Schlägereien, in deren Verlaufe zahlreiche Personen, unter anderem auch eingreifende Beamte der Schutzpolizei verletzt wurden. Sowohl bei den Zusammenstößen in Berlin wie in Breslau wurden die Kämpfe von den Kommunisten mit Dolch und Schlagring geführt.

Der rote Frontkämpferbund, der fast die ganze waffenfähige Mannschaft der kommunistischen Partei zusammenfaßt, ist mit großen Geldmitteln versehen, gut ausgerüstet und zahlreiche rein militärische Übungen sorgen für Ausbildung

Nachruf.

Am 7. d. Mts. verschied nach langem Leiden
im 63. Lebensjahre

der Stadtverordnete

Herr Wilhelm Clement.

Der Verstorbene war seit dem 24. Mai 1924 Mitglied der Stadtverordnetenversammlung. Wir verlieren in ihm einen bewährten Mitarbeiter, der während dieser Zeit den Belangen unserer Stadt das rege Interesse entgegengebracht hat und auf dessen Unterstützung wir allezeit rechnen konnten.

In dankbarer Erinnerung werden wir seiner stets ehrend gedenken.

Stolp, den 8. März 1926.

Für den Magistrat.

Hafenjaeger,
Erster Bürgermeister.

Für die Stadtverordneten-Versammlung.

Dr. Schmidt,
Stadtverordneten-Vorsteher.

Ämtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

Die Liste der Gewerbetreibenden, die sich an der Abstimmung über die Errichtung einer Zwangsbäckerei für das Konditorengewerbe im Regierungsbezirk Köslin beteiligt haben, liegt vom 4. d. Mts. ab während 2 Wochen im Stadthause, Neuetorstraße 20/II, Zimmer 28, vormittags von 10—12 Uhr zur Einsicht und Erhebung etwaiger Einsprüche der Beteiligten aus. Nach Ablauf der festgesetzten Frist bleiben Einsprüche unberücksichtigt.
Köslin, den 3. März 1926.

Der Kommissar.
Roman, Oberbürgermeister.

Die diesjährige Mitgliederversammlung der Ärztklasse der städtischen Beamten, Lehrer und Lehrerinnen findet am **Freitag, den 12. März d. Js., nachmittags 5 Uhr** im Stadtverordnetenitzungsaal statt.

Tagesordnung:

1. Geschäfts- und Kassenbericht.
2. Antrag auf Aenderung der Satzungen § 3 und 4.
3. Wahlen.
4. Verschiedenes.

Stolp, den 8. März 1926.

Der Magistrat.

Betrifft:

Aufnahmeprüfung an höheren Schulen.

Die Prüfung und Aufnahme von Schülern und Schülerinnen für das Schuljahr 1926/27 findet für die Klasse VI der höheren Schulen am Sonnabend, den 27. März statt.

Die Prüfung beginnt am Gymnasium und an der Oberrealschule um 10 Uhr und am Lyzeum um 8 Uhr. Für die übrigen Klassen beider Schulen ist die Aufnahmeprüfung auf Dienstag, den 13. April vormittags 9 Uhr festgesetzt.

Mitzubringen sind: das letzte Schulzeugnis, Geburtsurkunde, Impfschein und Schreibgerät.
Stolp, den 26. Februar 1926

Der Magistrat.

Ausnahmetag!

Donnerstag, den 11. März

verlaufen wir in unseren sämtlichen Milchläden und in der Molkerei:

sehr schöne Apfeltäfel zu 55 Pfg. d. Rolle
vollfette Stolper Jungchen zu M. 1.— d. Rolle
vollfette große Camembert zu 95 Pfg d. Stk.

Von den letztgenannten Sorten sind nur beschränkte Mengen vorhanden.

Bestellungen erbitten wir sofort, spätestens bis Mittwoch früh, in den Milchläden abzugeben.

Molkerei Stolp.

Hausfabrikation

richten wir ein.

Dauernde und sichere Existenz oder Nebenverdienst. Besondere Räume nicht nötig. :: Auskunft kostenlos.

Chem. Fabrik Uylsdorf, Inh. R. Müntner
Zeig-Uylsdorf.

A.-S.-Kälteautomaten

der Firma

Brown Boveri & Cie., A.-G., Mannheim.



Das Ideal auf dem Gebiete der Kälte- u. Eiszeugung.

kein Ammoniak
keine Kohlensäure
keine Ventile
kein Nachfüllen
keine Stopfbüchsen

völlige Betriebssicherheit
völlige Gefahrlosigkeit
billigste Betriebskosten
keine Reparaturen

General-Vertreter: W. A. Dieball, Stettin, Kohlmarkt 5

Kinderzeitung „Der kleine Coco“ oder
Lachzeitung „Tups“ gratis

1/2 N 50-3

MARGARINE

Rahma

buttergleich

**Billiger als Butter -
Besser als andere Margarine**

Wesentliche

Steuerersparnis

bietet eine Police der

„Neue Stuttgarter“,

Lebensversicherungsbank A.-G.

Auskünfte durch: **Rudolf Heintze**, Präsidentenstraße 36, Tel. 557.

Reinhold Segler, Fruchtstraße 13, Tel. 430.

Karl Gurgel, Henkelstraße 4, Tel. 809.

Friedrich Steinborn, Henkelstraße 4, Tel. 1057.

Für die Frühjahrs-Saison

empfehlen wir unsere

Chem. Reinigung :: Färberei

Plisseepresserei

Gardinen-Wäscherei und Spannerei

Gratteste Bearbeitung

Schnellste Rüdlieferung

Gehr. Tenge

Chem. Waschanstalt und Färberei.

Annahmestellen: Goldstr 20, Langstraße, Ecke

Marienstr., Rubliker Chaussee 14,

Telephon 244.

Ingenieur-Schule

Technikum Strelitz i. Meckl.

Hoch- u. Tiefbau, Beton- u. Eisenbau, Maschinenb., Elektrotechn., Heizung.
Billiger Aufenthalt. Programm umsonst.

Zwangs- Versteigerung.

Im Wege der Zwangs-
vollstreckung soll am 22. Juni
1926, vormittags 10 Uhr
— an der Gerichtsstelle, Zim-
mer Nr. 2 — versteigert wer-
den das im Grundbuche von
Wobeser Band IV, Blatt
Nr. 104 (eingetragene Eigen-
tümer am 30. Januar 1926,
dem Tage der Eintragung
des Versteigerungsvermerks:
Rentengutsbesitzer Wilhelm
Ulbrecht und dessen Ehefrau
Emilie geb. Krause in Wo-
beser) eingetragene Grundstück
Gofraum mit Acker und Wiese
Gemarkung Wobeser Gut
Kartenblatt 8 Parzellen 21
bis 25, 10,3580 ha groß,
Reinertrag 14,63 Mr., Grund-
steuermutterrolle Art. 103,
Nutzungswert 60,00 Mr.,
Gebäudesteuerrolle Nr. 48.
Der am 21. April 1926 an-
beraumte Versteigerungster-
min ist aufgehoben.

Stolp, den 27. Februar 1926.
Das Amtsgericht

Stadt-Theater

Telefon 419.

Heute

Dienstag den 9. März
abends 8 Uhr

lehtes Gastspiel

Matia Slatowa

in

„Wera Mirzewa“

Freibant.

Mittwoch vormittag 9 Uhr
Verkauf von gefochtem
Rindfleisch.

Die Schlachthofdirektion.

S. W. Feiges
Buchdruckerei

Stolp i. Pom.

Telefon 18 Präsidentenstr. 45

Anfertigung von

Drucksachen

aller Art

in schwarz und farbig.

Kirchliche Anzeige

St. Petri.

Mittwoch, nachmittag 6 Uhr

in der geheizten Sakristei

Passionsgottesdienst:

Pastor Lamberger.

Zerkleinertes Birken-Brennholz

für Ofen und Platte, aus prima gesunden Kloben
gespalten, liefern frei Käufers Tür.

Hermann Gerson & Sohn

Dampfzägerwerk

Telephon 98.

Chaussee 4.

Gußeiserne Säulen

Unterlegplatten

liefert prompt und preiswert

Gustav Denzer, Stolp

Eisgießerei u. Maschinenfabrik.